

Reiserecht

Handbuch des Reisevertrags-, Reisevermittlungs-, Reiseversicherungs- und Individualreiserechts

VON
Prof. Dr. Ernst Führich

6., neu bearbeitete Auflage

Reiserecht – Führich

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Reisevertragsrecht



Verlag C.H. Beck München 2010

Verlag C.H. Beck im Internet:
www.beck.de

ISBN 978 3 406 60413 3

Reiserecht

Handbuch des Reisevertrags-,
Reisevermittlung-, Reiseversicherungs-
und Individualreiserechts

von

Prof. Dr. Ernst Führich

6., neu bearbeitete Auflage



Verlag C.H. Beck München 2010

Verlag C.H.Beck im Internet
www.beck.de

ISBN 978 3 406 60413 3

© 2010 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: ottomedien
Marburger Straße 11, 64289 Darmstadt

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort 6. Auflage

Ziel dieses Kommentars und Handbuchs ist es, ein auf die Bedürfnisse der Praxis bei Gerichten, Rechtsanwälten und Reiseunternehmen zugeschnittenes, umfassendes und systematisches Kompendium in einem Band für das zersplitterte Reiserecht zu schaffen. Das Handbuch stellt

- das **Reisevertragsrecht** der Pauschalreise,
 - die **Reisevermittlung** durch das Reisebüro und im Internet,
 - das **Wettbewerbsrecht** zwischen Reiseunternehmen und dem Verbraucher,
 - die **Reiseversicherungen** für den Reiserücktritt und das Reisegepäck und
 - das gesamte **Individualreiserecht**, insbesondere das **Recht der Luftbeförderung**
- kompakt, übersichtlich und praxisorientiert dar.

Der **Erfolg dieses im Reiserecht führenden Standardwerks** bestätigt diese Konzeption. Die dadurch mögliche Folge von Auflagen sichert die Aktualität im Reiserecht, das durch eine dynamische Weiterentwicklung und durch eine Flut von Rechtsprechung aller Instanzen geprägt ist. Das Werk ist unentbehrlicher und zuverlässiger Begleiter für alle, die mit dem Reiserecht zu tun haben. Die beinahe unübersehbare veröffentlichte Rechtsprechung wird in diesem Handbuch nicht nur systematisch erfasst, sondern auch auf seine Relevanz für die Praxis und die Weiterentwicklung des Reiserechts besprochen.

Die völlig neu bearbeitete 6. Auflage

- kommentiert die aktuelle Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, des Bundesgerichtshofs und der gesamten Instanzgerichte zum Recht im Tourismus einschließlich des Luftbeförderungsrechts,
- wertet vollständig die Literatur und Gesetzgebung aus,
- enthält eine völlig neue Kommentierung des Montrealer Übereinkommens zum Schadensersatz bei Personen- und Gepäckschäden im Luftverkehr,
- kommentiert umfassend die Verordnung (EG) Nr. 261/2004 zur Nichtbeförderung, Annullierung und großen Verspätung von Fluggästen,
- kommentiert die EG-Pauschalreise-Richtlinie 90/314/EWG und ihre beabsichtigte Novellierung,
- kommentiert die neuen Versicherungsbedingungen der Reise-Rücktrittskosten- und Reiseabbruch-Versicherung einschließlich der Reise-Gepäckversicherung,
- klärt die aktuellen AGB-Probleme im Reiserecht,
- erläutert alle neuen Probleme des Wettbewerbsrechts in der Touristik nach der UWG-Reform,
- berücksichtigt das neue Kollisionsrecht der Rom I- und Rom II-Verordnungen,
- hilft bei der Durchsetzung reiserechtlicher Ansprüche durch viele Praktikertipps, Checklisten sowie der aktualisierten „Kemptener Reisemängeltabelle“.

Möge das Werk weiterhin dazu beitragen, einen angemessenen Interessenausgleich zwischen Verbrauchern und Anbietern touristischer Reiseleistungen bei Pauschal- und Individualreisen zu finden.

Inhaltsübersicht

Vorwort	Seite V
Inhaltsverzeichnis	XI
Verzeichnis der Checklisten	XLV
Verzeichnis der Schaubilder	XLVII
Abkürzungsverzeichnis	XLIX

1. Teil. Reisevertragsrecht

1. Kapitel. Grundlagen des Reisevertragsrechts

§ 1 Entwicklung des Reisevertragsrechts	1
§ 2 Reisevertragsrecht und Allgemeine Geschäftsbestimmungen	25
§ 3 EG-Pauschalreise-Richtlinie und Reisevertragsrecht in der EU	31
§ 4 International anwendbares Recht und internationaler Gerichtsstand	62

2. Kapitel. Reisevertragsrecht (§§ 651a–m BGB)

§ 5 Vertragstypische Pflichten beim Reisevertrag (§ 651a)	76
§ 6 Vertragsübertragung (§ 651b)	173
§ 7 Reisemangel und Abhilfe (§ 651c)	180
§ 8 Minderung des Reisepreises (§ 651d)	255
§ 9 Mängel- und Minderungsübersicht	275
§ 10 Kündigung wegen Reisemangels (§ 651e)	356
§ 11 Schadensersatz (§ 651f)	382
§ 12 Ausschlussfrist und Verjährung (§ 651g)	435
§ 13 Zulässige Haftungsbeschränkung (§ 651h)	471
§ 14 Rücktritt vor Reisebeginn (§ 651i)	487
§ 15 Kündigung wegen höherer Gewalt (§ 651j)	504
§ 16 Sicherstellung und Zahlung (§ 651k)	531
§ 17 Gastschulaufenthalte (§ 651l)	558
§ 18 Abweichende Vereinbarungen (§ 651m)	571
§ 19 Reiseprozess	577

3. Kapitel. Informationspflichten von Reiseveranstaltern

§ 20 Prospektangaben	597
§ 21 Unterrichtung vor Vertragsschluss	619
§ 22 Reisebestätigung, Allgemeine Reisebedingungen	625
§ 23 Gastschulaufenthalte	638
§ 24 Unterrichtung vor Beginn der Reise	640
§ 25 Muster für den Sicherungsschein	643
§ 26 Nichtgewerbliche Gelegenheitsveranstalter	648

4. Kapitel. Reisevermittlungsrecht

§ 27 Geschäftstätigkeit des Reisebüros und Rechtsgrundlagen	649
§ 28 Haftung des Reisevermittlers	663

5. Kapitel. Reiserecht und Wettbewerbsrecht	
§ 29 Wettbewerbsrecht	687
2. Teil. Reiseversicherungen	
6. Kapitel. Allgemeines Reiseversicherungsrecht	
§ 30 Allgemeiner Teil der Versicherungsbedingungen für die Reiseversicherung (AT-Reise 2008)	721
7. Kapitel. Reiserücktrittskosten- und Reiseabbruchversicherung	
§ 31 Besondere Versicherungsbedingungen für die Reiserücktrittskosten- versicherung (VB-Reiserücktritt 2008)	737
§ 32 Besondere Versicherungsbedingungen für die Reiseabbruchversicherung (VB-Reiseabbruch 2008)	757
8. Kapitel. Reisegepäckversicherung	
§ 33 Besondere Versicherungsbedingungen für die Reisegepäckversicherung (VB-Reisegepäck 2008)	763
3. Teil. Individualreiserecht	
9. Kapitel. Luftbeförderungsrecht	
§ 34 Anwendungsbereich des Luftbeförderungsrechts	804
§ 35 Luftbeförderungsvertrag	828
§ 36 Verordnung (EG) Nr. 261/2004 über Fluggastrechte	866
§ 37 Montrealer Übereinkommen	915
10. Kapitel. Sonstige Beförderungsverträge	
§ 38 Busbeförderungsrecht	941
§ 39 Eisenbahnbeförderungsrecht	950
§ 40 Schiffsbeförderungsrecht	973
11. Kapitel. Gastaufnahmeverträge	
§ 41 Beherbergungsrecht	992
§ 42 Einbringung von Sachen bei Gastwirten	1022
§ 43 Bewirtungsrecht	1035
Anhang	
Anhang I: Musterformulare für das Reisevertragsrecht	1047
Anhang II: Gesetzliche Vorschriften und sonstige Bedingungen	1063
Anhang III: Entscheidungen mit amtlichen Leitsätzen zum Reiserecht	1162
1. Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH)	1162
a) Pauschalreise	1162
b) Luftbeförderung	1166
2. Entscheidungen des Bundesgerichtshofs (BGH)	1169

a) Reisevertrag	1169
b) Luftbeförderung	1190
Anhang IV: Reisemängel-Tabellen	1197
1. Kemptener Reisemängeltabelle	1197
2. Frankfurter Tabelle zur Reisepreisminderung	1244
Literaturverzeichnis	1251
Stichwortverzeichnis	1279

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite
	V
Inhaltsübersicht	VII
Verzeichnis der Checklisten	XLV
Verzeichnis der Schaubilder	XLVII
Abkürzungsverzeichnis	XLIX

1. Teil. Reisevertragsrecht

1. Kapitel. Grundlagen des Reisevertragsrechts

§ 1 Entwicklung des Reisevertragsrechts	1
I. Wirtschaftliche Bedeutung von Pauschalreisen	2
1. Reiseverhalten	2
2. Marktstruktur der Reiseveranstalter	3
a) Deutschland	3
b) Europäische Union	4
II. Gegenstand des Reiserechts	4
1. Begriff des Reiserechts	5
2. Reisevertragsrecht der Pauschalreise	6
a) Gegenstand und gesetzliche Regelung	6
b) Anwendbarkeit anderer Vorschriften	7
c) Grundbegriffe und Rechtsbeziehungen	7
3. Reisevermittlung	8
4. Individualreiserecht	9
5. Reiseversicherungsrecht	9
6. Gang der Darstellung	9
III. Rechtliche Entwicklung	10
1. Rechtslage vor dem Reisevertragsgesetz	10
a) Werkvertragsrecht	10
b) Richterliche Rechtsfortbildung	11
c) Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	11
d) Brüssler Übereinkommen über den Reisevertrag (CCV)	12
2. Reisevertragsgesetz	12
3. Europäisierung des Reisevertragsrechts	13
a) Harmonisierung des europäischen Reiserechts	13
b) Merkmale der Richtlinie	15
c) Konzeption der Umsetzung	15
d) Reform der Pauschalreise-Richtlinie	16
4. Zweites Gesetz zur Änderung reiserechtlicher Vorschriften	17
5. Schuldrechtsmodernisierung und Reisevertrag	18
a) Ziel der Modernisierung des Schuldrechts	18
b) Auswirkungen auf das Reisevertragsrecht	18
aa) Verjährung im Allgemeinen Teil des BGB	18
bb) Ausnahmeverjährung im Reisevertragsrecht	18
cc) Leistungsstörung und Reisemangel	19
dd) Folgeänderungen in §§ 651a bis m	20
c) Änderung des Schadensersatzrechts	21
6. Aktuelle Entwicklung im Pauschal- und Individualreiserecht	21
a) Reisevertragsrecht	21
b) Individualreiserecht	22

§ 2 Reisevertragsrecht und Allgemeine Geschäftsbestimmungen	25
I. Rechtliche Grundlagen und Konditionenempfehlungen	25
1. Notwendigkeit von Allgemeinen Reisebedingungen	25
2. Allgemeine Geschäftsbedingungen für Reiseverträge (ARB-DRV)	26
3. AGB für Reiseverträge von Busunternehmen	27
4. AGB für Reiseverträge im Deutschlandtourismus	27
5. AGB für Reisevermittler	27
II. Kontrolle der Vertragsklauseln	27
1. Einbeziehung von AGB in den Reisevertrag	28
2. Überraschende Klauseln und Individualvereinbarung	28
3. Auslegung	29
4. Inhaltskontrolle	29
5. Rechtsfolge eines Verstoßes	30
§ 3 EG-Pauschalreise-Richtlinie und Reisevertragsrecht in der EU	31
I. Einführung	33
1. Richtlinie	33
2. Richtlinienkonforme Auslegung	34
II. Zweck der EG-Richtlinie über Pauschalreisen	34
1. Entstehungsgeschichte	34
2. Ziele der Richtlinie	35
3. Örtlicher Geltungsbereich	36
III. Anwendungsbereich und Begriffe	36
1. Pauschalreise	37
2. Veranstalter	39
3. Vermittler	40
4. Verbraucher	40
5. Vertrag	40
IV. Prospekte	41
1. Verbot irreführender Angaben	41
2. Notwendige Prospektangaben	41
3. Bindungswirkung	41
V. Informationspflichten	42
1. Informationen vor Vertragsschluss	45
2. Erforderliche Mindestbedingungen	46
3. Information vor Reisebeginn	46
4. Übertragung der Reise	46
5. Vertragsänderungen vor Reisebeginn	46
a) Preisänderung	46
b) Leistungsänderungen	47
c) Rechtsfolgen	47
6. Nichterfüllung nach Reisebeginn	48
VI. Haftung des Veranstalters	48
1. Vertragserfüllung	49
2. Schadensersatz	49
3. Haftungsfreistellung	50
a) Vertragliche Freizeichnung	50
b) Internationale Übereinkommen	51
4. Rügeobliegenheit des Verbrauchers	51
VII. Abhilfe	52
VIII. Insolvenzschutz	52
1. Sicherstellung	52
2. Art der Absicherung	52
3. Abgesicherte Risiken	53
4. Höchstbetrag	54
IX. Mindeststandard	54
X. Umsetzung in deutsches Reiserecht	55
1. Umsetzungsgesetz	55
2. Staatshaftung	55

XI. Reisevertragsrecht in der EU	57
1. Umsetzung in der EU	58
2. Einfluss des EuGH	59
3. Rechtsvergleich	59
a) Anwendungsbereich	59
b) Änderungen des Reisevertrages	59
c) Haftung	60
d) Insolvenzversicherung	60
§ 4 International anwendbares Recht und internationaler Gerichtsstand	62
I. Problem	63
1. Allgemeines	63
2. Internet	63
II. Anwendbares Recht bei Pauschalreisen	64
1. Rechtsquellen des IPR und Anwendungsbereich	64
a) EGBGB	64
b) Rom I-VO	64
c) Rom II-VO	65
2. Freie Rechtswahl	65
a) EGBGB	65
b) Rom I-VO	66
3. Reisevertrag als Verbrauchervertrag	66
a) Art. 29 EGBGB	66
b) Art. 6 Rom I-VO	68
4. Beförderungs- und Dienstleistungsverträge	68
5. Unerlaubte Handlungen	69
a) EGBGB	69
b) Rom II-VO	69
II. Internationale Zuständigkeit	70
1. Rechtsquellen und Anwendungsbereich	70
a) EuGVÜ	70
b) Brüssel I-VO (EuGVVO)	70
2. Gerichtsstand der Niederlassung	71
3. Reisevertrag als Verbrauchersache	71
a) Begriff des Reisevertrages	71
b) Verbrauchergerichtsstand	73
4. Miete eines Ferienhauses und Hotelzimmers	73
a) Ausschließlicher Gerichtsstand	73
b) Zusätzlicher Gerichtsstand bei privatem und kurzem Gebrauch	74
c) Drittstaaten	74

2. Kapitel. Reisevertragsrecht (§§ 651a–m BGB)

§ 5 Vertragstypische Pflichten beim Reisevertrag (§ 651a)	76
I. Gegenstand des Reisevertrags und Anwendungsbereich	80
1. Rechtsnatur des Reisevertrags	80
2. Gesamtheit von Reiseleistungen (Reise)	81
a) Mindestens zwei erhebliche Reiseleistungen	81
b) Unbedeutende Nebenleistungen	84
c) Notwendigkeit der Bündelung	85
aa) Leistungsbündel	85
bb) Baukasten	86
cc) Dynamic Packaging	86
dd) Bündelung durch Reisebüro	87
ee) Incentive-Reisen	88
3. Reiseveranstalter	88
a) Eigenverantwortliche Leistungserbringung	88
b) Keine Gewerblichkeit notwendig	89

c) Einzelfälle	90
4. Reisende	92
5. Analoge Anwendung auf Reiseeinzelleistungen	93
a) Ferienhaus	93
b) Hotelzimmer vom Veranstalter	94
c) Bootscharter	94
d) Wohnmobil	95
e) Flug	96
f) Scheinleistungen	96
II. Rechtsbeziehungen beim Reisevertrag	97
1. Reisende und Reiseveranstalter	97
2. Reiseveranstalter und Leistungsträger	98
a) Vertrag zu Gunsten Dritter	98
b) Leistungsträger als Erfüllungsgehilfe	99
3. Reisende und Reisevermittler	101
4. Reisevermittler und Reiseveranstalter	103
a) Reisebüro als Handelsvertreter	103
b) Reisebüro als Handelsmakler	104
III. Zustandekommen des Reisevertrags	105
1. Vertragsschluss	105
a) Angebot	105
b) Bedeutung des Prospekts	106
c) Reisebestätigung	106
d) Abweichende Reisebestätigung	107
e) Sonderwünsche	108
f) Online-Buchung	109
g) Last-minute-Buchung	111
2. Vertragsschluss in Sonderfällen	111
a) Vertragsschluss mit Minderjährigen	111
b) Vertragsschluss bei Familienreisen	112
c) Buchung bei Gruppenreisen	114
d) Haftungserklärung des Anmelders	115
e) Incentive-Reise	115
f) Gewinnreise	116
g) Vertragsschluss-Klausel in ARB	116
IV. Einbeziehung Allgemeiner Reisebedingungen	118
1. Rechtsgrundlage	118
2. Zeitpunkt der Einbeziehung	119
3. Schriftliche Reiseanmeldung	120
a) Hinweis	120
b) Möglichkeit zumutbarer Kenntnisnahme	121
c) Einverständnis des Reisenden	123
4. Telefonische Buchung	123
5. Elektronischer Geschäftsverkehr	125
6. Mehrere AGB	125
V. Vermittlerklausel	126
1. Grundsätzliche Unwirksamkeit	126
2. Vermittlung von Fremdleistungen	129
3. Fremdleistungsklauseln in AGB	130
VI. Pflichten des Reiseveranstalters	131
1. Vertragsinhalt als Leistungspflicht	132
a) Weite Hauptpflichten	132
b) Leistungsbeschreibung im Prospekt	132
c) Informationspflichten	134
d) Reisebestätigung	137
e) Mündliche Nebenabreden	137
f) Reisecharakter	138
g) Leistungsbestimmung durch Veranstalter (Fortuna-Reisen)	139
h) Landesüblichkeit	140

2. Einzelpflichten des Reiseveranstalters	140
VII. Pflichten des Reisenden	142
1. Zahlung des vereinbarten Reisepreises	142
a) Reisepreis als Endpreis	142
b) Zahlungsverzug	144
c) Verjährung	144
2. Vorauszahlung	144
a) Fälligkeit der Vergütung	144
b) Vorauszahlungsklauseln	145
c) Anzahlung	146
d) Restzahlung	148
e) Zahlung an Reisevermittler	149
3. Nebenpflichten	151
a) Pass und Visum	151
b) Treuepflichten	151
c) Mitwirkungsobliegenheit	151
VIII. Nachträgliche Vertragsänderungen	153
1. Preisänderungen	153
a) Preisänderungsvorbehalt	154
b) Zulässige Erhöhungsfaktoren	155
c) Berechnungsangaben	156
d) Viermonatsgrenze	158
e) Schonfrist	159
f) Erklärung	160
2. Leistungsänderungen	160
a) Leistungsänderungsvorbehalt	161
b) Zulässige Leistungsänderung	162
c) Unzulässige Leistungsänderung	163
3. Rücktritt des Reiseveranstalters	165
a) Zulässige Absagegründe	165
b) Unzulässige Absageklauseln	166
4. Rechte des Reisenden	167
a) Unterrichtungspflicht	167
b) Rücktritt des Reisenden	167
c) Ersatzreise	168
d) Erklärung des Reisenden	169
e) Schadensersatz wegen Nichterfüllung	169
5. Einverständliche Vertragsänderungen	170
IX. BGB-Informationspflichten-Verordnung	171
X. Darlegungs- und Beweislast	171
§ 6 Vertragsübertragung (§ 651b)	173
I. Bedeutung der Vorschrift	173
1. Richtlinie und Gesetzeszweck	173
2. Dogmatische Stellung	174
II. Voraussetzungen der Vertragsübertragung	174
1. Verlangen des Reisenden	174
2. Zeitpunkt	175
III. Widerspruchsrecht des Veranstalters	175
1. Abschließende Aufzählung	176
2. Besondere Reiseerfordernisse	176
3. Gesetzliche Vorschriften und behördliche Anordnungen	176
4. Rechtsfolgen	176
a) Wirksamer Widerspruch	176
b) Wirksame Ersetzung	177
c) Unwirksamer oder fehlender Widerspruch	177
IV. Gesamtschuldnerische Haftung	177
1. Reisepreis und Mehrkosten	177
2. Pauschale	177

V. Allgemeine Reisebedingungen	178
1. Klauselinhalt	178
2. Verbotene Rücktrittsfiction	178
VI. Darlegungs- und Beweislast	179
§ 7 Reisemangel und Abhilfe (§ 651c)	180
I. Normzweck und Anwendungsbereich	182
1. Verschuldensunabhängige Einstandspflicht	182
2. § 651c im System des reisevertraglichen Gewährleistungsrechts	184
3. Verhältnis zum Recht der Leistungsstörungen	184
a) Problematik und Bedeutung	184
b) Lösungsvorschläge	185
c) Einheitslösung	188
aa) Unmöglichkeit	188
bb) Verzug	190
cc) Schutz- und Obhutspflichten	191
dd) Culpa in contrahendo	192
ee) Wegfall der Geschäftsgrundlage	192
4. Verhältnis zu sonstigen Rechten	192
a) Anfechtung wegen Irrtums	192
b) Gastwirtschaftung	193
c) Deliktsrecht	194
d) Luftbeförderung	195
aa) Reiseveranstalter als vertraglicher Luftfrachtführer	195
bb) Abschließende Sonderregelung	196
cc) Fluggastrechte nach der VO (EG) Nr. 261/2004 bei Flugpauschalreisen	197
e) Seebeförderung	201
II. Reisemangel	202
1. Mangelbegriff	203
a) Pflichtverletzung aus Veranstaltersphäre	203
b) Abgrenzungsvorschläge des Schrifttums	205
c) Mangel und höhere Gewalt	208
2. Fehler	209
a) Subjektiv-objektive Fehlertheorie	209
b) Vertragsinhalt als Grundlage	210
c) Prospekt als Haftungsgrundlage	210
d) Prospektwahrheit und Prospektklarheit	211
e) Individuelle Zusagen und Informationen	215
f) Treu und Glauben	216
g) Einstandspflicht für Dritte	217
aa) Eigene Leute des Veranstalters	217
bb) Selbstständige Leistungsträger	218
cc) Reisevermittler	218
dd) Mitreisende	219
3. Zugesicherte Eigenschaft	219
a) Begriff	219
b) Katalogangaben als Zusicherung oder Leistungsbeschreibung	221
c) Rechtsfolgen der Zusicherung	223
4. Grenzen der Einstandspflicht beim Fehler	224
a) Allgemeines Lebensrisiko	224
aa) Privatarisiko	224
bb) Umfeldrisiko	227
cc) Informations- und Fürsorgepflicht als Ausnahme	230
b) Bloße Unannehmlichkeiten bei Fehler	232
III. Anspruch auf Abhilfe	234
1. Abhilfeverlangen	234
a) Recht des Reisenden	234
b) Begriff der Abhilfe	235
c) Form und Inhalt	235

d) Adressat	236
aa) Reiseveranstalter und Reiseleitung	236
bb) Präsenz des Reiseleiters	236
cc) Leistungsträger	237
2. Recht zur Verweigerung der Abhilfe	238
3. Abhilfe durch Veranstalter	238
a) Rechtsnatur	238
b) Verhalten der Reiseleitung bei Abhilfeverlangen	239
c) Gleichwertige Ersatzleistung	240
d) Ersatzunterkunft	242
e) Aufpreis und Kosten	245
f) Änderungsvorbehalte	246
IV. Recht auf Selbstabhilfe	247
1. Begriff der Selbstabhilfe	247
2. Fristsetzung	248
a) Informationspflicht	248
b) Dauer	248
3. Entbehrlichkeit der Frist	249
a) Verweigerung der Abhilfe	249
b) Besonderes Interesse des Reisenden	250
4. Aufwendungsersatz	250
5. Vorschusspflicht	252
V. Verhältnis der Abhilfe zu anderen Rechten	252
1. Rücktrittsrecht	252
2. Minderungsanspruch	252
3. Kündigungsrecht	253
4. Schadensersatz	253
VI. Darlegungs- und Beweislast	253
§ 8 Minderung des Reisepreises (§ 651d)	255
I. Allgemeines	256
1. Minderung kraft Gesetzes	256
2. Verhältnis zur Kündigung und zum Schadensersatz	256
II. Voraussetzungen der Minderung	257
1. Reisemangel	257
2. Mängelanzeige	257
a) Formelle Entstehungsvoraussetzung	257
b) Verhältnis zum Abhilfeverlangen	258
c) Adressat der Anzeige	258
d) Form der Anzeige	258
e) Beweiswert von Mängelprotokollen	258
f) Zeitpunkt der Anzeige	259
g) Schuldloses Unterlassen	260
h) Entbehrlichkeit der Anzeige	261
i) Abweichende Reisebedingungen	262
III. Höhe der Minderung	263
1. Berechnungsformel des § 638 Abs. 3	263
2. Bezugsgröße der Minderung	263
a) Gesamtpreis als Basis	263
b) Teilpreis	264
c) Nebenleistungen	265
d) Zusammengesetzte Reisen	265
3. Minderungskriterien	266
a) Objektiver Maßstab	267
b) Zeitliche Dauer	267
c) Nutzungsbeeinträchtigung	269
d) Mittelbar Betroffene	270
4. Frankfurter Tabelle	271
a) Schematisierung der Minderungssätze	271

Inhaltsverzeichnis

b) Akzeptanz in der Praxis	271
5. Rechtsfolgen	272
IV. Darlegungs- und Beweislast	273
§ 9 Mängel- und Minderungsübersicht	275
I. Allgemeines	277
1. Vollständiger Überblick ab 1980	277
2. Bewertung der Reisemängel	277
II. Mängel vor Reisebeginn	277
1. Informationspflichten	277
a) Einreise	277
b) Zielgebiet	278
2. Buchungsfehler	280
III. Mängel der Beförderung	281
1. Flug	281
a) Abfertigung	281
b) Überbuchung	282
c) Verspätung	282
d) Flugzeitänderungen	284
e) Änderung des Flughafens	286
f) Wechsel der Fluggesellschaft und des Transportmittels	287
g) Flugunterbrechung	288
h) Service und Komfort	289
i) Flugsicherheit	290
j) Transfer	291
k) Fluggepäck	292
2. Bus	293
a) Verspätung	293
b) Sicherheit und Komfort	294
3. Eisenbahn	295
IV. Mängel der Unterkunft	296
1. Ersatzunterkunft	296
a) Anderes Hotel	296
b) Anderes Zimmer und Belegung	299
c) Abweichende Hotelkategorie	301
d) Andere Merkmale der Umgebung	302
e) Umzug	302
2. Zimmer und Bungalow	303
a) Größe und Ausstattung	303
b) Defekte Ausstattung	304
c) Sanitäre Einrichtungen und Versorgung	305
d) Heizung	306
e) Klimaanlage	307
f) Balkon, Meerblick und Terrasse	308
g) Bungalow und Ferienwohnung	309
h) Behindertengerechte Unterbringung	310
3. Verschmutzung und Service	310
a) Verschmutzung	310
b) Service	311
4. Schwimmbecken und Hoteleinrichtungen	312
5. Verletzungen und Verkehrssicherungspflichten	314
6. Lärm	315
a) Hotellärm	316
b) Straßenlärm	317
c) Fluglärm	318
d) Baulärm	319
7. Belästigungen	320
a) Persönliche Belästigungen	320
b) Behinderte Reisende	321

c) Benahmen	321
d) Sicherheitsvorkehrungen	322
8. Verpflegung	322
a) Service	322
b) Qualität und Quantität	324
c) Erkrankungen	326
V. Mängel im Zielgebiet	327
1. Strandentfernung	327
2. Strandbeschaffenheit	328
3. Meer und Baden	330
4. Ungeziefer	330
5. Tiere	332
6. Müll und Gerüche	333
7. Sicherheit und Straftaten	333
8. Naturkatastrophen	334
VI. Mängel sonstiger Dienstleistungen	334
1. Kinderbetreuung und Spielplätze	334
2. Reiseleitung	335
3. Ausflüge	336
VII. Mängel bei Spezialreisen	337
1. Kreuzfahrten	337
2. Club- und All-inclusive-Reisen	341
3. Studienreisen	343
4. Abenteuer- und Wanderreisen	344
5. Skireisen	346
6. Sportreisen	349
7. Fortuna-Reisen	351
8. Sprachreisen	352
9. Städte- und Kurzreisen	353
10. Wohnmobilreisen	354
§ 10 Kündigung wegen Reisemangels (§ 651e)	356
I. Systematische Stellung und Anwendungsbereich	357
1. Begriff der Kündigung	357
2. Montrealer Übereinkommen	357
3. Kündigung vor Reisebeginn	358
4. Verhältnis zu anderen Lösungsmöglichkeiten	358
a) Kündigung wegen höherer Gewalt	358
b) Stornierung vor Reisebeginn	359
b) Rücktritt nach § 651a V	359
d) Kündigung aus wichtigem Grund	359
aa) Reisende	359
bb) Reiseveranstalter	360
II. Materielle Kündigungsgründe	361
1. Erhebliche Beeinträchtigung der Reise	361
a) Erheblichkeit	361
b) Einzelfälle	364
2. Unzumutbarkeit der Reise	370
III. Formelle Kündigungsvoraussetzungen	371
1. Abhilfeverlangen mit Fristsetzung	371
2. Entbehrlichkeit der Fristsetzung	371
3. Ausübung der Kündigung	373
a) Erklärung und Adressat	373
b) Verwirkung	373
c) Gruppenreise	374
IV. Rechtsfolgen der Kündigung	374
1. Wegfall des Anspruchs auf den Reisepreis	374
2. Entschädigungsanspruch des Reiseveranstalters	374
3. Wegfall der Entschädigung	376

4. Notwendige Maßnahmen nach Vertragsaufhebung	377
a) Rückbeförderungspflicht	377
b) Sonstige Pflichten	378
c) Verletzung der Pflichten	378
5. Kosten	378
a) Mehrkosten	378
b) Schadensersatz	378
c) Hypothetische Minderung	379
6. Abweichende AGB	379
V. Darlegungs- und Beweislast	380
§ 11 Schadensersatz (§ 651f)	382
I. Systematische Stellung und Anwendungsbereich	384
1. Normzweck und Abgrenzung	384
a) Schadensersatz wegen Nichterfüllung	384
b) Schadensersatz wegen nutzlos aufgewendeter Urlaubszeit	384
c) Verhältnis zur Haftungsbegrenzung	384
d) Abgrenzung zur Minderung und Kündigung	385
2. Verhältnis zu anderen Schadensersatzansprüchen	385
a) Positive Vertragsverletzung und Verschulden bei Vertragsschluss	385
b) Schuldnerverzug	387
c) Ansprüche aus Delikt	387
d) Schmerzensgeld	388
e) Sondervorschriften internationaler Übereinkommen	388
II. Voraussetzungen des Anspruchs nach § 651f I	388
1. Reisemangel	388
2. Mängelanzeige	388
3. Verschulden	389
a) Entlastungsbeweis	389
b) Einzelfälle der Entlastung	391
4. Umfang des Schadens	394
a) Mangelfolge- und Begleitschäden	394
b) Körperschäden	394
c) Schäden am Eigentum	396
d) Vermögensschäden	397
e) Mitverschulden	399
III. Voraussetzungen des Anspruchs nach § 651f II	401
1. Anwendungsbereich	401
a) Allgemeines	401
b) Analoge Anwendung	403
2. Vereitelung oder erhebliche Beeinträchtigung	404
a) Vereitelte Reise	404
b) Erhebliche Beeinträchtigung der Reise	405
3. Nutzlos aufgewendete Urlaubszeit	408
a) Resterholungswert	408
b) Ersatzreise	409
c) Weiterarbeit	409
d) An- und Abreisetag	409
e) Krankheit	410
4. Verschulden	411
5. Schaden	411
a) Immaterieller Schaden	411
b) Bemessung der Entschädigung	413
IV. Deliktische Verkehrssicherungspflichten	416
1. Inhalt	416
a) Begriff	416
b) Anspruchskonkurrenz	417
c) Mitverschulden	417
d) Kollisionsrecht	417

e) Bedeutung	417
2. Leistungsträger kein Verrichtungsgehilfe	419
3. Haftung des Leistungsträgers	419
4. Entwicklung durch den BGH	420
5. Verletzungshandlungen des Reiseveranstalters	422
6. Fallgruppen der Sicherheitsgefahren	422
a) Unterkünfte	422
b) Spiel- und Sportanlagen	425
c) Beförderungen	429
V. Darlegungs- und Beweislast	431
§ 12 Ausschlussfrist und Verjährung (§ 651g)	435
I. Funktion der Fristen	436
1. Normzweck	436
2. Informationspflicht	437
II. Geltendmachung von Ansprüchen	438
1. Anwendungsbereich der Ausschlussfrist	438
a) Rechtsnatur	438
b) Sachlicher Anwendungsbereich	439
c) Deliktische Ansprüche	440
d) Arglistiges Verschweigen eines Mangels	442
2. Bestimmung der Frist	442
a) Fristbeginn	442
b) Berechnung	443
c) Sozialversicherungsträger	444
3. Adressat	445
a) Reiseveranstalter	445
b) Reisevermittler	446
c) Anmeldung und Mängelanzeige am Urlaubsort	447
4. Art und Inhalt der Geltendmachung	449
a) Formfreiheit	449
b) Inhaltliche Anforderungen	450
c) Anmeldebefugnis	453
d) Vollmachtsvorlage	454
5. Schuldlose Fristversäumnis	455
a) Entschuldigungsbeweis	455
b) Hinweispflicht	456
c) Weitere Fälle	456
d) Unverzügliches Nachholen	457
6. Vorrangige Ausschlussfristen	458
III. Verjährung	460
1. Anwendungsbereich	460
a) Ansprüche des Reisenden	460
b) Arglist	461
2. Fristberechnung	461
3. Hemmung der Verjährung	461
a) Neuregelung und Übergangsvorschriften	461
b) Verhandlungen	462
c) Rechtsverfolgung	465
4. Neubeginn durch Anerkenntnis	466
5. Verjährungsregelung durch AGB-Klauseln	466
a) Fristverkürzung als Haftungsbeschränkung	466
b) Gesetzliche Ansprüche	467
6. Gesetzliche Sondervorschriften	468
IV. Darlegungs- und Beweislast	468
1. Ausschlussfrist	468
2. Verjährungsfrist	469

Inhaltsverzeichnis

§ 13 Zulässige Haftungsbeschränkung (§ 651h)	471
I. Anwendungsbereich	472
1. Zweck der Vorschrift	472
2. Anwendungsbereich	473
a) Vertragliche Schadensersatzansprüche	473
b) Deliktische Ansprüche	473
II. Vertragliche Haftungsbeschränkung	474
1. Vereinbarung	474
2. Haftungsbeschränkung und AGB-Kontrolle	474
3. Handeln des Reiseveranstalters	475
a) Personenkreis	475
b) Haftungsmaßstab	475
4. Handeln des Leistungsträgers	476
a) Leistungsträger	477
b) Haftungsmaßstab	477
III. Gesetzliche Haftungsbeschränkung auf Grund internationaler Übereinkommen für Leistungsträger	477
1. Zweck	477
2. Internationale Übereinkommen	478
a) Vorrang des Völkerrechts	478
b) Rezeption des Völkerrechts durch Gemeinschaftsrecht	479
3. Beförderungsleistungen	479
a) Eisenbahn	480
b) Luftbeförderung	480
c) Schiffsreise	482
d) Bus	483
4. Unterkunftsleistungen	484
IV. AGB-Klauseln	484
1. Konditionenempfehlung	484
2. Andere Klauseln	485
V. Darlegungs- und Beweislast	485
§ 14 Rücktritt vor Reisebeginn (§ 651i)	487
I. Anwendungsbereich der Norm	488
1. Freies Stornorecht	488
2. Andere Lösungsmöglichkeiten des Reisenden	488
a) Kündigung wegen Reismängeln	488
b) Kündigung wegen höherer Gewalt	488
c) Störungen aus der Sphäre des Reisenden	489
d) Rücktritt bei Vertragsänderungen vor Reisebeginn	489
e) Rücktritt nach Reisebeginn	490
f) Anfechtung	490
3. Lösungsmöglichkeiten des Reiseveranstalters	491
a) Gesetzliche Rücktrittsrechte	491
b) Vertragliche Lösungsrechte	491
II. Rücktrittserklärung als Voraussetzung	492
1. Form	492
2. Adressat	493
3. Zeitliche Dauer	493
III. Wirkungen des Rücktritts	493
1. Verlust des Reisepreises	493
2. Konkreter Entschädigungsanspruch	494
a) Rechtsnatur	494
b) Berechnung	494
3. Entschädigungspauschale durch Stornoklausel	495
a) Wahlrecht	495
b) Bemessungskriterien	496
c) Höhe	497
d) Inhaltskontrolle der AGB-Klauseln	498

e) Rechtsfolgen unwirksamer Klauseln	500
IV. AGB-Klauseln der Konditionenempfehlung	501
1. Angemessene konkrete Entschädigung	501
2. Stornopauschale	501
3. Umbuchung	501
4. Tatsächliche Mehrkosten	502
V. Darlegungs- und Beweislast	502
§ 15 Kündigung wegen höherer Gewalt (§ 651j)	504
I. Normzweck und Anwendungsbereich	505
1. Zweck der Vorschrift	505
2. Unmöglichkeit der Durchführung der Reise	506
3. Zeitlicher Anwendungsbereich	506
4. Abgrenzung zu anderen Vorschriften	507
a) Rücktritt nach § 651a V	507
b) Rücktritt nach § 651i	507
c) Kündigung nach § 651e	507
d) Minderung	508
e) Schadensersatz	509
II. Voraussetzungen der Kündigung	509
1. Höhere Gewalt	509
a) Begriff	509
b) Epidemien und Naturkatastrophen	511
c) Politische Unruhen und Kriege	511
d) Terroranschläge	512
e) Lebensrisiko und Umwelt	513
f) Streik	514
g) Betriebssphäre	514
h) Behördliche Maßnahmen	515
2. Nicht vorhersehbar bei Vertragsschluss	516
3. Erhebliche Erschwerung, Gefährdung oder Beeinträchtigung	518
a) Erhebliche Erschwerung und Beeinträchtigung	519
b) Gefährdung	519
aa) Niedrige Erheblichkeitsschwelle bei Sicherheitsrisiken	519
bb) Warnhinweis des Auswärtigen Amtes	521
4. Kündigungserklärung	522
III. Rechtsfolgen der Kündigung	522
1. Verlust des Reisepreises	522
2. Entschädigungsanspruch	523
3. Rückbeförderungspflicht	525
4. Mehrkosten	525
5. Hotelstornokosten	525
6. Umbuchung auf Ersatzreise	526
IV. Erkundigungs- und Informationspflicht	526
1. Reisevertragliche Fürsorgepflicht	526
2. Schadensersatz	528
V. AGB-Klauseln	529
VI. Darlegungs- und Beweislast	529
§ 16 Sicherstellung und Zahlung (§ 651k)	531
I. Allgemeines	533
1. Normzweck	533
2. Anwendungsbereich	534
a) In-Kraft-Treten	534
b) Reiseeinzelleistungen	534
II. Sicherungspflicht des Reiseveranstalters	535
1. Insolvenzrisiko	535
2. Insolvenz des Reiseveranstalters	535
3. Sicherungsgegenstand	536

Inhaltsverzeichnis

a) Gezahlter Reisepreis	536
b) Aufwendungen für die Rückreise	537
4. Kundengeldabsicherer	539
a) Versicherung	539
b) Kreditinstitut	541
III. Leistungsbegrenzung	542
IV. Erfüllung der Sicherungspflicht	543
1. Unmittelbarer Anspruch	543
2. Uneingeschränkte Absicherung	543
3. Sicherungsschein	545
a) Bestätigung	545
b) Kontrollpflicht des Reisevermittlers	545
V. Zahlung des Reisepreises	546
1. Sicherungsschein vor Anzahlung	546
2. Anzahlungshöhe	546
3. Zahlung an Reisevermittler	547
VI. Ausländische Reiseveranstalter	549
VII. Ausnahmen der Sicherstellung	550
1. Allgemeines	550
2. Private Gelegenheitsveranstalter	551
3. Tagesreisen	552
4. Juristische Personen des öffentlichen Rechts	553
VIII. Folgen bei Verstoß	553
1. Zivilrechtliche Folgen	554
2. Wettbewerbsrechtliche Folgen	554
3. Gewerberechtliche Sanktion	555
IX. AGB-Klauseln	555
1. Allgemeines	555
2. Konditionenempfehlung	555
X. Darlegungs- und Beweislast	556
§ 17 Gastschulaufenthalte (§ 651l)	558
I. Normzweck und Anwendungsbereich	559
1. Zweck	559
2. Anwendungsbereich	560
a) Dreimonatiger Gastschulaufenthalt	560
b) Vertragsparteien	560
c) Kurzaufenthalt und Praktikum	560
II. Zusätzliche Pflichten des Reiseveranstalters und Gastschülers	561
1. Unterbringung in Gastfamilie	561
2. Organisation des Schulbesuchs	563
3. Mitwirkung des Gastschülers	564
III. Ergänzende Informationspflichten und Rücktritt vor Reisebeginn	564
1. Informationen	564
2. Vorbereitung	565
3. Verlust des Entschädigungsanspruchs	565
IV. Kündigung	565
1. Allgemeines Kündigungsrecht nach Reisebeginn	565
2. Kündigung wegen Reisemangels und höherer Gewalt	566
3. Außerordentliche Kündigung durch Reiseveranstalter	567
4. Rücktritt durch Reiseveranstalter	567
V. Entschädigung wegen nutzlos aufgewendeter Urlaubszeit	568
VI. Ersparte Aufwendungen und notwendige Maßnahmen	568
VII. Darlegungs- und Beweislast	569
§ 18 Abweichende Vereinbarungen (§ 651m)	571
I. Zweck	571
1. Mindestregelung	571
2. Reichweite	572

II. Kontrolle durch Reisevertragsrecht und AGB-Recht	572
III. Teilnichtigkeit und Gesamtbeurteilung	573
IV. Verzichtserklärungen	574
V. Abweichende Vereinbarung der Verjährung	575
§ 19 Reiseprozess	577
I. Rechtsberatung	578
1. Reiseveranstalter	578
2. Reisender	578
II. Haftpflichtversicherungen für Reiseveranstalter	578
1. Personen- und Sachschäden	578
2. Vermögensschäden	579
3. Paket-Reiseveranstalter	579
III. Beschwerdebearbeitung durch Reiseveranstalter	579
1. Allgemeines	579
2. Antwortschreiben	580
3. Reisegutschein	580
4. Scheck	581
5. Image des Reiseveranstalters	581
IV. Anwaltliches Mandat	582
1. Bedeutung der Reisesachen	582
2. Aufklärung des Sachverhalts	582
V. Gerichtsstand	583
1. Prozess gegen Reiseveranstalter	583
a) Allgemeiner Gerichtsstand und Schlichtungsverfahren	583
b) Gerichtsstand der Niederlassung	584
c) Internationale Zuständigkeit	584
2. Prozess gegen Reisenden	584
a) Allgemeiner Gerichtsstand	584
b) Gerichtsstandsvereinbarung	584
c) Mahnverfahren	585
3. Sondervorschriften	585
4. Forum-Shopping	585
5. AGB-Klauseln	586
VI. Sachlegitimation	586
1. Aktivlegitimation	586
a) Familienreisen	586
b) Gruppenreisen	587
2. Abtretung	588
3. Passivlegitimation	589
VII. Bestimmtheit der Klage	590
1. Klagegegenstand	590
2. Klageantrag	591
VIII. Darlegungs- und Beweisfragen	592
IX. Urteil	593
1. Tatbestand	593
2. Entscheidungsgründe	593
X. Rechtsmittel	594

3. Kapitel. Informationspflichten von Reiseveranstaltern

§ 20 Prospektangaben	597
I. Konzeption der BGB-InfoV	598
1. Verordnung	598
a) Umsetzung der Richtlinie	598
b) Rechtsnatur	599
2. Gestufte Informationspflichten	599
3. Verletzung von Informationspflichten	600

a) Reisemangel	600
b) Wettbewerbsrechtlicher Unterlassungsanspruch	601
II. Prospektangaben	602
1. Begriff des Prospekts und des Bild- und Tonträgers	602
2. Deutlich lesbare, klare und genaue Angaben	604
3. Preisangaben	606
a) Reisepreis als Endpreis	606
b) Berechenbarkeit des Reisepreises	607
c) Anzahlung	608
d) Baukastenreise	608
4. Änderung des Prospektpreises	608
a) Zweck der Neuregelung	608
b) Änderungsvorbehalt	609
c) Änderungserklärung	610
5. Merkmale der Reise	610
a) Bedeutung für die Reise	610
b) Bestimmungsort	611
c) Transportmittel	611
d) Unterbringung	612
e) Mahlzeiten	613
f) Reiseroute	613
g) Pass- und Visumerfordernisse und gesundheitspolizeiliche Vorschriften	613
h) Mindestteilnehmerzahl	615
III. Bindung an Prospektangaben	616
1. Bestimmung der Leistungspflicht	616
2. Änderungsvorbehalt	616
3. Prospekt kein Vertragsangebot	617
§ 21 Unterrichtung vor Vertragsschluss	619
I. Einreiseformalitäten	619
1. Pass- und Visumvorschriften	619
2. Gesundheitspolizeiliche Formalitäten	621
3. Zeitpunkt	622
4. Sanktion	622
II. Personenkreis	622
1. Deutsche Staatsangehörige	622
2. EU-Mitgliedsstaaten	623
3. Drittstaaten	623
§ 22 Reisebestätigung, Allgemeine Reisebedingungen	625
I. Reisebestätigung	626
1. Urkunde über Reisevertrag	626
a) Umsetzung der Richtlinie	626
b) Form	627
2. Unverzügliche Aushändigung	627
II. Pflichtinhalt	628
1. Reisepreis und Zahlungsmodalitäten	628
2. Reise Merkmale	628
a) Bedeutung für die Reise	628
b) Verweisung auf Prospektmerkmale	628
c) Bestimmungsort	629
d) Abreise und Rückkehr	629
e) Inbegriffene Leistungen	629
f) Vorbehaltene Preisänderungen	629
g) Sonderwünsche	630
h) Name und Anschrift des Reiseveranstalters	630
i) Mängelanzeige und -fristen	631
j) Fristen nach § 651g	631
k) Reiseversicherungen	632

III. Übermittlung der AGB	633
1. Übermittlung vor Vertragschluss	633
2. Vollständige Fassung	634
IV. Verweisungsmöglichkeit auf Prospekt	635
1. Prospektangaben	635
2. AGB im Prospekt	635
V. Last-Minute-Reisen	636
§ 23 Gastschulaufenthalte	638
I. Zweck und Anwendungsbereich	638
II. Gegenstand der Informationspflichten	638
§ 24 Unterrichtung vor Beginn der Reise	640
I. Besondere Mitteilungen vor Reisebeginn	640
1. Abfahrts- und Ankunftszeiten	640
2. Platz	641
3. Örtliche Vertretung	641
II. Auslandsreisen Minderjähriger	641
III. Verweisungsmöglichkeit	642
§ 25 Muster für den Sicherungsschein	643
I. Verwendungspflicht	645
1. Inländische Reiseveranstalter	645
2. Reiseveranstalter aus EU-Mitgliedstaaten	645
II. Angaben des Musters	645
1. Pflichtangaben	645
2. Weitere Angaben	645
3. Abweichung	645
III. Reisebestätigung	645
1. Verbindung	645
2. Hinweise	645
IV. Zuordnung des Sicherungsscheins	647
V. Befristung	647
VI. Ablauffrist	647
§ 26 Nichtgewerbliche Gelegenheitsveranstalter	648

4. Kapitel. Reisevermittlungsrecht

§ 27 Geschäftstätigkeit des Reisebüros und Rechtsgrundlagen	649
I. Reisevertrieb	649
1. Stationäres Reisebüro	649
2. Online-Vertrieb	650
II. Vermittlung fremder Einzelleistungen	651
1. Zwei Verträge des Reisenden	651
2. Rechtsnatur des Reisevermittlungsvertrags	651
a) Geschäftsbesorgungsvertrag	651
b) Maklervertrag	654
III. Vermittlung fremder Reisen von Veranstaltern	655
1. Agentur als Handelsvertretung	655
a) Doppelfunktion	655
b) Handelsvertreterstatus	655
c) Provision	656
2. Handelsmakler	658
IV. Eigene Reise-Einzelleistungen	659
1. Eigengeschäft	659
a) Busbetrieb	659
b) Consolidator	659
2. Haftung	660

V. Eigene Reiseveranstaltungen	661
1. Reisebüro als Reiseveranstalter	661
2. Reisebüro als Reisevermittler	661
§ 28 Haftung des Reisevermittlers	663
I. Reisevermittlungsvertrag als Anspruchsgrundlage	664
1. Abschluss des Vertrages	664
a) Form	664
b) Allgemeine Vermittlerbedingungen	665
2. Vergütungsanspruch des Reisevermittlers	666
a) Service-Entgelt	666
b) Aufwendungen	666
II. Voraussetzungen der Haftung des Vermittlers	667
1. Verschuldungsabhängige Haftung für den Vermittlungserfolg	667
2. Pflichtverletzung	668
3. Vertretenmüssen des Vermittlers	668
III. Bemühen um Vertragsschluss	669
1. Ermittlung des Hauptvertrages	669
2. Auskünfte ohne Vermittlung	669
3. Weiterleitung des Angebots des Kunden	670
4. Preisberechnung	671
IV. Beratungs- und Aufklärungspflichten	671
1. Bonität des Leistungsträgers	671
a) Reiseveranstalter	671
b) Luftbeförderungsunternehmen	671
2. Billigstes Angebot	672
3. Einreisebestimmungen	673
a) Nachfrage des Reisekunden	673
b) Erkennbare Notwendigkeit bei Pauschalreisen	673
c) Erkennbare Notwendigkeit bei Flügen	674
4. Reiseversicherungen	675
5. Fahrplanauskünfte	677
6. Drohende Gefahren und Risiken	678
V. Vertragsabwicklung	678
1. Prüfung und Weiterleitung von Daten und Unterlagen	678
2. Sonderwünsche und Zusicherungen	680
a) Sonderwünsche	680
b) Zusicherungen des Reisevermittlers	680
3. Geltendmachung von Ansprüchen	681
4. Sorgfaltspflichten von Fremdenverkehrsstellen	681
a) Pflichtverletzungen	681
b) Staatshaftung	682
VI. Schadenshöhe	682
1. Allgemeines	682
2. Nutzlos aufgewendete Urlaubszeit	682
3. Haftungsbegrenzung	683
VII. Prozessuale Fragen	683
1. Inkassotätigkeit	683
a) Einstandspflicht für Zahlung und Rückgriff	683
b) Inkassovollmacht	683
c) Einwendungen	685
2. Verjährung	685
3. Gerichtsstand	685
4. Darlegungs- und Beweislast	685

5. Kapitel. Reiserecht und Wettbewerbsrecht

§ 29 Wettbewerbsrecht	687
I. Allgemeine Grundlagen	687
1. Reiserecht und Wettbewerb	687
2. Aufbau des UWG	689
3. UWG-Novelle 2008	689
II. Unlautere geschäftliche Handlungen in der Touristik	690
1. Kundenfang	690
a) Direktwerbung und unzumutbare Belästigungen	690
b) Preisnachlässe, Zugaben und Geschenke	691
c) Preisausschreiben, Gewinnspiele und Gewinnreisen	694
2. Behinderung des Konkurrenten	695
a) Diskriminierung	695
b) Vergleichende Werbung	695
3. Nachahmung	696
4. Zuwiderhandlung gegen Marktverhaltensregelung	696
a) Marktverhaltensregelung	696
b) Unzulässige Allgemeine Geschäftsbedingungen	697
c) Insolvenzsicherung	698
d) BGB-InfoV	700
III. Irreführende geschäftliche Handlungen in der Touristik	702
1. Irreführende geschäftliche Handlungen	702
2. Prospektwahrheit und Prospektklarheit	703
3. Blickfangwerbung	704
4. Preisgegenüberstellung	705
5. Last-Minute-Reisen	705
6. Sonderangebote	706
7. Werbe- und Verkaufsfreie	706
8. Lockvogelangebote	707
9. Werbung mit Selbstverständlichkeiten	707
10. Spitzenstellung und Sternekennzeichen	708
11. Timesharing	709
12. Irreführung durch Unterlassen	709
a) Allgemeines	709
b) Wesentliche Informationen	709
IV. Preisangabenverordnung und Endpreis	710
1. Zweck der PAngV	710
2. Anwendungsbereich	710
3. Grundsatz des Endpreises	711
4. Luftfahrtunternehmen	712
5. Serviceentgelt	714
6. Auf- und Abschläge bei Pauschalreisen	715
7. Nebenkosten bei Ferienimmobilien	715
8. Währung	716
9. Preisänderungen	716
10. Sonstiges	716
V. Durchsetzung und Abwehr von Ansprüchen	717
1. Wettbewerbsrechtliche Ansprüche	717
a) Unterlassungs- und Beseitigungsanspruch	717
b) Schadensersatz- und Auskunftsanspruch	717
c) Gewinnabschöpfung	717
2. Anspruchsberechtigte und -verpflichtete	717
3. Wettbewerbsverfahren	718
a) Zuständigkeit	718
b) Abmahnung	719
c) Einstweilige Verfügung	719
d) Güteverfahren	719
e) Verjährung	719

2. Teil. Reiseversicherungen

6. Kapitel. Allgemeines Reiseversicherungsrecht

§ 30 Allgemeiner Teil der Versicherungsbedingungen für die Reiseversicherung (AT-Reise 2008)	721
I. Reiseversicherungen im Allgemeinen	726
1. Entwicklung der Versicherungsbedingungen	726
2. Neuregelung des Rechts der Versicherungsvermittlung	727
a) Beratungs- und Informationspflichten für Reisebüros	727
b) Fernabsatz	729
c) Übergangsregelung	729
II. Abschluss des Versicherungsvertrages	729
1. Versicherungsvertrag	729
a) Kollektivverträge	730
b) Vermittlung über Reiseveranstalter	730
c) Vermittlung durch Reisebüro	730
d) Internet	730
e) Überweisungspolice	731
f) Kreditkarte	731
2. Versicherungsbedingungen	731
a) Vereinbarung der AVB	731
b) Inhaltskontrolle	732
3. Widerruf des Versicherungsvertrages	732
4. Beratungspflicht des Reisebüros über Reiseversicherungen	733
a) Reisebüro als Erfüllungsgehilfe des Veranstalters	733
b) Reisebüro als Vermittler	733
III. Versicherte Reise und Geltungsbereich	733
1. Begriff der Reise	733
2. Dauer der Reise	733
3. Akzessorität zwischen Versicherungsvertrag und Reise	734
IV. Zahlung der Prämie	735
V. Beginn und Ende des Versicherungsschutzes	735
1. Reise-Rücktrittskosten-Versicherung	735
2. Reisegepäck-Versicherung	735
VI. Allgemeine Risikoausschlüsse	735
VII. Zahlung der Entschädigung	735
VIII. Verjährung	736
IX. Gerichtsstand und anwendbares Recht	736

7. Kapitel. Reiserücktrittskosten- und Reiseabbruchversicherung

§ 31 Besondere Versicherungsbedingungen für die Reiserücktrittskostenversicherung (VB-Reiserücktritt 2008)	737
I. Gegenstand der Versicherung	740
1. Nichtantritt der Reise	740
2. Rücktrittskosten	741
a) Stornokosten	741
b) Berechnung	741
c) Vermittlungsentgelt	742
II. Versicherte Ereignisse und Risikopersonen	742
1. Überblick	743
2. Tatbestandsvoraussetzungen	742
a) Versichertes Ereignis bei einer Risikoperson	743
b) Unzumutbarkeit der Reisedurchführung	743
c) Kausalität	743
3. Tod, schwerer Unfall, unerwartete schwere Erkrankung	743
a) Tod	743

b) Schwerer Unfall	743
c) Unerwartete schwere Erkrankung	744
4. Impfunverträglichkeit	749
5. Schwangerschaft	749
6. Schaden am Eigentum	750
7. Verlust des Arbeitsplatzes und weitere Ereignisse	750
III. Ausschlüsse	751
1. Risikoausschlüsse	751
2. Schuldhafte Herbeiführung	751
IV. Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalls	751
1. Stornierungs- und Schadensminderungspflicht	751
2. Nachweis des Schadens	753
3. Auskunftspflicht und ärztliches Attest	754
4. Obliegenheitsverletzung	755
V. Selbstbehalt	755
VI. Versicherungswert und Unterversicherung	755
VII. Darlegungs- und Beweislast	756

§ 32 Besondere Versicherungsbedingungen für die Reiseabbruchversicherung

(VB-Reiseabbruch 2008)	757
I. Gegenstand der Reiseabbruch-Versicherung	759
1. Abbruch der Reise	759
2. Zusätzliche Rückreisekosten	760
3. Nicht genutzte Reiseleistungen	761
4. Verlängerter Aufenthalt	761
II. Versicherte Ereignisse und Risikopersonen	762
III. Ausschlüsse	762
IV. Obliegenheiten im Versicherungsfall	762

8. Kapitel. Reisegepäckversicherung

§ 33 Besondere Versicherungsbedingungen für die Reisegepäckversicherung

(VB-Reisegepäck 2008)	763
I. Reisegepäck-Versicherung im Allgemeinen	767
1. Versicherungsbedingungen Reisegepäck 2008	767
2. Abschluss des Versicherungsvertrages	767
3. Versicherte Personen	767
II. Beginn und Ende des Versicherungsschutzes sowie Geltungsbereich	767
1. Laufzeit des Versicherungsvertrages	768
a) Kurzzeitverträge	768
b) Verlängerung kurzzeitiger Verträge	769
2. Beginn des Versicherungsschutzes	769
a) Begriff der Reise	769
b) Reisebeginn	769
c) Reiseende	770
III. Versicherte Sachen	770
1. Begriff des Reisegepäckes	770
2. Sachen	770
3. Persönlicher Reisebedarf	771
4. Geschenke, Reiseandenken	772
III. Versicherte Gefahren und Schäden	772
1. Allgefahrenschutz bei organisiertem Drittgewahrsam	772
a) Organisierter Drittgewahrsam	772
b) Abhandengekommene Sachen	773
c) Beschädigte Sachen	773
d) Lieferfristüberschreitung	773
2. Einzelgefahrenschutz während übriger Reisezeit	773

a) Diebstahl, Einbruchdiebstahl, Raub, räuberische Erpressung, vorsätzliche Sachbeschädigung	774
b) Transportmittelunfall	774
c) Feuer, Explosion und Elementarereignisse	774
IV. Ausschlüsse und Einschränkungen	775
1. Risikobegrenzung	775
2. Nicht versicherte Gegenstände	776
a) Geld und Dokumente	776
b) Land-, Luft- und Wasserfahrzeuge	776
c) Brillen, Hörgeräte und Prothesen	776
d) Video- und Fotoapparate, Schmuck und Kostbarkeiten	776
e) Sportgeräte	777
f) Verlieren	778
g) Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit	778
3. Einschränkungen des Versicherungsschutzes	778
a) Sichere Verwahrung im persönlichen Gewahrsam	778
b) Begrenzung der Leistungshöhe bei bestimmten Gegenständen	781
c) Versicherungsschutz beim Camping	781
4. Reisegepäck im abgestellten Kraftfahrzeug	782
a) Rechtsnatur der Kfz-Klausel	782
b) Begriff des Kfz	782
c) Versicherte Gefahr	782
d) Abgestelltes Kraftfahrzeug	782
e) Mit Verschluss gesichert	783
f) Schmucksachen und Kostbarkeiten	784
V. Höhe der Entschädigung	784
1. Zeitwert bei Totalschaden oder Abhandenkommen	784
2. Beschädigte Sachen	785
3. Filme und Datenträger	785
4. Ausweispapiere	785
VI. Versicherungssumme und Unterversicherung	785
1. Versicherungssumme	785
2. Unterversicherung	785
3. Selbstbehalt	786
VII. Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles	786
1. Schadensanzeige bei Versicherer	786
2. Strafanzeige bei Polizei	786
a) Unverzügliche Anzeige	787
b) Stehlgutliste	787
3. Meldung bei Fluggesellschaft und Beherbergungsbetrieb	788
4. Schadensminderung	788
5. Aufklärung	789
VIII. Rechtsfolgen der Obliegenheitsverletzung	789
1. Allgemeines	789
2. Schadensnachweis und Beweislast	790
a) Anscheinsbeweis	790
b) Erschütterung der Redlichkeit	791
3. Vorsatz	792
a) Begriff und Beweislast	792
b) Relevanz-Rechtsprechung	792
4. Grobe Fahrlässigkeit	793
a) Begriff	793
b) Beweislast	793
c) Art und Umfang der Sorgfaltspflichten	794
5. Repräsentanten des Versicherungsnehmers	794
6. Rechtsprechung zur groben Fahrlässigkeit	795
a) Wertvolles Reisegepäck	795
b) Starker Publikumsverkehr	796

3. Teil. Individualreiserecht

9. Kapitel. Luftbeförderungsrecht

§ 34 Anwendungsbereich des Luftbeförderungsrechts	804
I. Luftverkehr	805
1. Luftbeförderung von Personen und Gepäck	805
2. Fluglinienverkehr	805
3. Gewerblicher Gelegenheitsverkehr (Charter)	805
II. Rechtsquellen	806
1. Internationales Einheitsrecht	806
a) Montrealer Übereinkommen	806
b) Warschauer Abkommen	807
2. Europäisches Gemeinschaftsrecht	808
a) EG-Verordnungen zu Passagierrechten	808
b) Haftung bei Schäden von Fluggästen und Gepäck	808
c) Ausgleichsleistungen bei Nichtbeförderung, Annullierung oder großer Verspätung	809
d) Luftverkehrsbinnenmarkt	809
3. Nationale Rechtsquellen	810
a) BGB und Werkvertragsrecht	810
b) Reisevertragsrecht und Flugpauschalreise	811
c) Luftverkehrsgesetz	811
d) Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb (UWG)	811
III. Anwendungsbereich der Vorschriften	812
1. Angleichung aller Regelwerke an das MÜ	812
a) Vorrang des MÜ zwischen Vertragsstaaten	812
b) Weitergeltung des WA	813
c) Erstreckung des MÜ auf Luftfahrtunternehmen der Gemeinschaft	813
d) Schließung von Regelungslücken durch MontÜG	814
e) Schließung von Regelungslücken durch das LuftVG	815
2. Personen-, Gepäck- und Verspätungsschäden nach dem MÜ	816
a) Schadensersatzhaftung des MÜ	816
b) Räumlicher Geltungsbereich des WA/HP/ZAG	817
c) Sonderziehungsrecht (SZR)	817
d) Versicherungspflicht	818
e) Luftbeförderung im Rahmen der Pauschalreise	818
3. Fluggastrechte bei Nichtbeförderung, Annullierung oder großer Verspätung	819
a) Regelungsbereich der Verordnung	819
b) Anspruchsteller und Anspruchsgegner	821
c) Weitergehender Schadensersatz	821
4. Anwendung nationalen Sachrechts durch Kollisionsnormen	822
a) Montrealer Übereinkommen	822
b) Vertragsstatut nach EGBGB und Rom I-VO	822
c) Deliktsstatut nach EGBGB und Rom II-VO	824
d) Sekundäres Gemeinschaftsrecht	825
IV. Auslegung	826
1. MÜ und WA	826
2. Gemeinschaftsrecht	826
§ 35 Luftfahrtbeförderung	828
I. Rechtsnatur des Luftbeförderungsvertrages	830
1. Werkvertrag	830
2. Anwendbarkeit deutschen Rechts	831
3. Flug	831
a) Begriff	831
b) Direktflug – Nonstop-Flug	831
4. Vertrag zu Gunsten Dritter	831
5. Nur-Flug als Werkvertrag	832
II. Vertragsparteien	832

1. Vertraglicher Luftfrachtführer	832
a) Luftfahrtunternehmen	832
b) Reiseveranstalter	833
c) Reisebüro	833
2. Ausführender Luftfrachtführer	834
3. Aufeinanderfolgende Beförderung	835
4. Fluggast	835
a) Begriff	835
b) Unentgeltliche Beförderung	835
c) Minderjährige	835
d) Blinde Passagiere	836
e) Bordpersonal	836
III. Flugschein	836
1. Formlosigkeit	836
2. Rückbestätigung	837
IV. Einbeziehung von AGB	838
1. Anwendbarkeit des AGB-Rechts	838
2. Einbeziehung mit Verbraucher	839
3. Einbeziehung mit Unternehmer	840
4. Anwendungsbereich des WA	840
V. Pflichten der Vertragsparteien	841
1. Luftfrachtführer	841
a) Haupt- und Nebenpflichten	841
b) Abfertigung des Fluggastes	841
c) Flugabwicklung	842
d) Einreisebestimmungen	843
e) Fluggastdaten	844
f) Schutz- und Fürsorgepflichten	844
g) Privatrechtliche Weisungsbefugnis und hoheitliche Bordgewalt	845
h) Verpflegung	846
2. Fluggast	846
a) Flugpreis	846
b) Preisfreiheit	847
c) Endpreis	847
d) Preisirrtum	849
VI. Rücktritt durch Fluggast	850
1. Volltarif	850
2. Sondertarif	850
3. Reihenfolge der Benutzung der Flugcoupons	851
VII. Luftbeförderung als relatives Fixgeschäft	000
1. Nachholbarkeit des Fluges	000
2. Unmöglichkeit als Ausnahme	853
VIII. Nichtbeförderung und Annullierung	854
1. Anwendung nationalen Rechts	854
2. Leistungsänderungen	854
a) Umbuchung	854
b) Änderung der Flugzeiten	855
3. Nichtbeförderung auf einem bestimmten Flug	856
4. Annullierung des Fluges	856
5. Rücktritt vom Luftbeförderungsvertrag	857
6. Schadensersatz statt der Leistung	857
7. Vertretenmüssen bei Schadensersatz	858
8. Schadenshöhe	859
IX. Verspätung	860
1. Konkurrenzen	860
2. Preisminderung bei Ankunftsverspätung	860
a) Meinungsstand	860
b) Keine abschließende Regelung durch Einheitsrecht	861
c) Ankunftsverspätung kein Werkmangel	862

X. Pflichtverletzungen außerhalb luftfahrttypischer Gefahren	864
1. Vorrang des Einheitsrechts	864
2. Einzelfälle	865
§ 36 Verordnung (EG) Nr. 261/2004 über Fluggastrechte	866
I. Überblick	869
1. Bedeutung der FluggastrechteVO	869
a) Schutz durch standardisierte Leistungen	869
b) Fluggastrechte vor BGH und EuGH	869
c) Inkrafttreten	870
2. Wesentlicher Inhalt	871
3. Systematische Stellung zwischen Einheitsrecht und nationalem Recht	871
a) Vereinbarkeit mit Montrealer Übereinkommen	871
b) Europäisches Luftbeförderungsrecht	872
c) Luftverkehrsgesetz	873
II. Anwendungsbereich der VO (EG) Nr. 261/2004	874
1. Gegenstand und Begriffsbestimmungen	874
2. Örtlicher Anwendungsbereich	874
a) Grundsatz	874
b) Hin- und Rückflug getrennte Flüge	874
c) Umsteigen	876
3. Sachlicher Anwendungsbereich	877
4. Anspruchsteller und Anspruchsgegner	877
III. Nichtbeförderung	879
1. Begriff der Nichtbeförderung	879
a) Legaldefinition und vertretbare Gründe der Nichtbeförderung	879
b) Überbuchung als Nichtbeförderung	880
c) Tatsächliche Nichtweiterbeförderung bei verpasstem Anschlussflug	881
d) Umbuchung auf anderen Flug	882
2. Rechtsfolgen der Nichtbeförderung	884
a) Suche nach Freiwilligen und ihre Ansprüche	884
b) Ansprüche bei Nichtbeförderung	884
IV. Annullierung des Fluges	884
1. Begriff der Annullierung	884
2. Rechtsfolgen	885
a) Ansprüche ohne Entlastungsmöglichkeit	885
b) Ansprüche mit Entlastungsmöglichkeiten	885
3. Rechtzeitige Information	885
4. Außergewöhnliche und unvermeidbare Umstände	886
a) Begriff der außergewöhnlichen Umstände	886
b) Außergewöhnliche Umstände und zumutbare Maßnahmen	887
c) Technische Probleme und Flugsicherheit	887
d) Wetterbedingungen	889
e) Streik	890
f) Höhere Gewalt und Flugausfälle wegen Vulkanasche	890
V. Verspätung	891
1. Begriff	891
2. Rechtsfolgen	891
3. Abgrenzung von Verspätung und Annullierung	892
a) Entscheidung des EuGH	892
b) Verschiedene Rechtsfolgen	893
c) Aufgabe der Flugplanung	893
d) Zeitverlust von drei Stunden	895
e) Kürzung der Ausgleichszahlung	896
f) Außergewöhnliche Umstände	896
VI. Ausgleichsanspruch	896
1. Rechtsnatur	896
2. Höhe	897
VII. Unterstützungsleistungen	897

VIII. Betreuungsleistungen	898
1. Rechtsnatur	898
2. Leistungen	899
IX. Weitere Ansprüche der Verordnung	899
1. Höher- und Herabstufung	899
2. Vorrang von Personengruppen	899
3. Informationspflichten	900
4. Regressansprüche	900
5. Verstöße	900
X. Weitergehende Ansprüche	901
1. Montrealer Übereinkommen	901
a) MÜ neben FluggastrechteVO bei Verspätung	901
b) Höchstgrenze	902
2. Schadensersatzansprüche aus Luftbeförderungsvertrag	903
a) Schäden bei Nichterfüllung und Annullierung	903
b) Schäden außerhalb luftfahrttypischer Ereignisse	903
c) Anrechnung der Ausgleichsleistung	904
3. Preisminderung beim Luftbeförderungsvertrag	904
4. Reisevertragliche Ansprüche	905
a) Vorrang des Reisevertrages	905
b) Anspruch auf Erstattung oder anderweitige Beförderung	905
c) Reisepreisminderung	906
d) Kündigung wegen Mangels	906
e) Schadensersatz	908
XI. Probleme der Rechtsdurchsetzung	909
1. Anwendbares Recht	909
2. Verjährung	909
3. Gerichtsstand	910
a) Luftfahrtunternehmen der Gemeinschaft	910
b) Luftfahrtunternehmen aus Drittstaaten	912
§ 37 Montrealer Übereinkommen	915
I. Anwendungsbereich des MÜ	915
1. Internationales Einheitsrecht und Gemeinschaftsrecht	915
2. Mitgliedsstaaten des MÜ	917
3. Räumlicher und persönlicher Geltungsbereich	917
II. Urkunden und Pflichten der Parteien bei Beförderung von Reisenden und Reisegepäck	918
1. Beförderungsschein und Gepäckbeleg	918
2. Pflichten der Parteien	918
III. Haftung des Luftfrachtführers bei Personenschäden	918
1. Unbegrenzte Haftung	918
2. Unfall	919
a) Begriff	919
b) Zeitraum	919
c) Luftverkehrstypische Gefahr	919
3. Kausalhaftung bis 113 100 SZR	921
4. Entlastungsbeweis	921
5. Art der Personenschäden	922
a) Tod	922
b) Körperverletzung	922
c) Nutzlos aufgewendete Urlaubszeit	923
6. Ausschluss von Strafschadensersatz	923
7. Vorschusspflicht	924
8. Verjährung	924
IV. Haftung bei Reisegepäckschäden	924
1. Allgemeines	924
2. Begriff des Reisegepäcks	924
3. Zerstörung, Verlust oder Beschädigung	925
4. Obhutszeitraum bei aufgegebenem Reisegepäck	925

5. Haftungsausschlüsse	926
6. Höchstbetrag	927
a) Absolute Grenze	927
b) Wertdeklaration	927
c) Unbeschränkte Haftung	927
7. Bordgepäck und persönliche Gegenstände	928
8. Mitverschulden	928
V. Schäden durch Verspätung	928
1. Allgemeines	928
2. Anwendungsbereich	928
a) Nationale und internationale Flüge	928
b) Konkurrenzen zu FluggastrechteVO und BGB	929
3. Begriff der Verspätung	930
a) Überschreiten der Beförderungsfrist	930
b) Erheblichkeitsgrenze	930
4. Flugbetriebsbedingte Kausalität	930
5. Haftungszeitraum	931
6. Entlastung	931
a) Verschulden des Luftfrachtführers	931
b) Entlastung für Verhalten Dritter	932
c) Mitverschulden	932
d) Einzelfälle	932
7. Umfang und Höhe des Schadens	933
a) Umfang	933
b) Höchstbeträge	934
c) Abweichende Bestimmungen	934
VI. Schadensanzeige	935
1. Personenschäden	935
2. Reisegepäck	935
a) Beschädigung und Verspätung	935
b) Verlust und Zerstörung	936
c) Fristversäumnis	936
VII. Verfahrensfragen	937
1. Informationspflichten und Beschwerdestelle	937
2. Gerichtsstand	937
a) Anwendungsbereich	937
b) Fünf ausschließliche Gerichtsstände	938
3. Ausschlussfrist	939
a) Anwendungsbereich	939
b) Fristbeginn und Berechnung	939
4. Sachlegitimation	940
a) Aktivlegitimation	940
b) Passivlegitimation	940

10. Kapitel. Sonstige Beförderungsverträge

§ 38 Busbeförderungsrecht	941
I. Rechtsgrundlagen	942
1. Einzelbeförderung	942
a) Werkvertragsrecht	942
b) Beförderungsbedingungen	942
c) Deliktshaftung	943
d) Gefährdungshaftung	943
2. Reiseveranstaltung	944
3. Busanmietung	944
4. Personenbeförderungsrecht	944
5. EU-Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr	945
II. Beförderungsvertrag	945

Inhaltsverzeichnis

1. Anwendbares Recht bei Auslandsfahrten	945
2. Vertragsschluss	945
3. Pflichten der Parteien	946
a) Busunternehmer	946
b) Fahrgast	946
4. Aufhebung des Vertrags	946
a) Stornierung durch Fahrgast	946
b) Absage durch Unternehmer	946
III. Haftung des Busunternehmers	947
1. Beförderungsmängel	947
2. Sorgfaltspflichten	947
IV. Prozessuale Fragen	949
1. Darlegungs- und Beweislast	949
2. Anzeigefrist	949
3. Verjährung	949
4. Gerichtsstand	949
§ 39 Eisenbahnbeförderungsrecht	950
I. Rechtsgrundlagen der Eisenbahnbeförderung	951
1. Innerstaatliche Beförderung	951
2. Grenzüberschreitende Beförderung	953
3. Gemeinschaftsrecht der FahrgastrechteVO	953
II. Bahnbeförderungsvertrag	955
1. Vertragsschluss	955
2. Beförderungsausweis	955
3. Vertragspflichten der Parteien	956
a) Bahn	956
b) Reisende	956
4. Fahrpreiserstattung	957
5. Erhöhter Fahrpreis	957
6. Unterbringung des Reisenden	958
7. Informationen	958
8. Sonstiges	958
III. Haftung der Eisenbahn für Reisegepäck	959
1. Überblick	959
2. Regelung der Verordnung	959
3. Regelung der EVO	959
a) Gepäckbeförderung	959
b) Haftung für Verlust, Beschädigung oder Verspätung	959
c) Gepäckaufbewahrung	960
d) Gepäckträger	960
IV. Haftung für Personenschäden	960
1. Überblick	960
a) FahrgastrechteVO	960
b) Haftpflichtgesetz	961
2. Personenschäden nach der Verordnung	961
a) Zusammenhang mit dem Eisenbahnbetrieb	961
b) Vorschuss	961
3. Personenschäden nach dem Haftpflichtgesetz	961
a) Anwendungsbereich	961
b) Gefährdungshaftung	962
4. Unerlaubte Handlung	963
V. Haftung für Verspätungen, verpasste Anschlüsse und Zugausfälle	964
1. Überblick	964
2. Verspätung	965
3. Erstattung oder Weiterfahrt	965
4. Fahrpreisentzündung	965
5. Zahlung	966
6. Hilfeleistung	966

7. Haftungsausschlüsse für Fahrpreisschädigung und Hilfeleistungen	967
8. Personennahverkehr	968
VI. Personen mit Behinderungen	968
VII. Sonderfragen	969
1. Weitere Rechte der Verordnung	969
2. Schlaf- und Speisewagen	969
3. Autoreisezug	969
4. Bahnpauschalreise	970
VII. Verfahrensfragen	971
1. Ausschlussfrist	971
2. Verjährung	971
3. Beschwerde und Schlichtung	971
4. Gerichtsstand	971
§ 40 Schiffsbeförderungsrecht	973
I. Rechtsgrundlagen der Passagierschifffahrt	974
1. Schiffsbeförderung als Werkvertrag	974
2. Binnenschifffahrt	974
3. Seeschifffahrt	975
4. EU-Gemeinschaftsrecht der Athen-VO	976
5. Kreuzfahrt als Pauschalreise	977
6. Bootscharter	977
a) Mietverhältnis	977
b) Reisevertrag	977
7. Internationales Privatrecht	978
a) Seepassage als Personenbeförderung	978
b) Kreuzfahrt	978
c) Verbraucherschutz bei Drittstaaten	979
II. Beförderungsvertrag	979
1. Begriffe	979
a) Beförderer	979
b) Ausführende Beförderer	979
c) Beförderungsvertrag	979
d) Reisender	980
e) Gepäck	980
f) Kabinengepäck	980
g) Beförderungszeitraum	980
2. Vertragsabschluss	980
3. Rechte der Parteien	981
a) Reisender	981
b) Beförderer	981
4. Leistungsstörungen	982
a) Verspätung	982
b) Ausfall der Schiffbeförderung	982
c) Beförderungsbedingungen	983
5. Beförderungsmängel	983
a) Gewährleistung	983
b) Allgemeines Lebensrisiko	984
6. Kündigung des Reisenden	984
7. Verkehrssicherungspflichten	984
III. Haftung bei Personen- und Gepäckschäden	984
1. Haftungsbegründung	984
a) Mindesthaftung	984
b) Voraussetzungen	985
2. Haftungsgrenzen	985
a) Wertsachen	985
b) Körperverletzung	985
c) Gepäck	985
d) Verlust des Rechts auf Haftungsbeschränkung	987

e) Unerlaubte Handlung und Anspruchskonkurrenz	987
f) Beschränkung auf Gesamthaftung für Seeforderungen	987
3. Haftung aus anderen Vorschriften des Seehandelsrechts	988
a) Kapitän	988
b) Schiffsgläubigerrecht	988
c) Schiffskollision	988
d) Bergung und große Haverei	989
IV. Verfahrensfragen	989
1. Anzeigefrist bei Gepäckschäden	989
2. Darlegungs- und Beweislast	989
3. Verjährung	990
4. Gerichtsstand	990
V. Besonderheiten der Binnenbeförderung	990
1. Gesetzliche Regelung	990
2. Abgrenzung Binnen- und Seeschifffahrt	990
3. Haftungsgrenzen	991
§ 41 Beherbergungsrecht	992
I. Rechtsgrundlagen des Beherbergungsverhältnisses	994
1. Begriffe	994
a) Gastaufnahme	994
b) Beherbergungsbetrieb	994
2. Mietrecht	994
a) Gemischter Vertrag	994
b) Kein Reisevertrag	995
3. Gastwirtschaftung für eingebrachte Sachen	995
4. Deliktsrecht	996
5. Allgemeine Geschäftsbedingungen	996
a) Allgemeines	996
b) IHA/UFTAA-Richtlinie	996
6. Gewerberechtliche Vorschriften	996
7. Anwendbare Rechtsordnung	996
a) EGBGB	996
b) Rom I-VO	997
II. Vertragsschluss	997
1. Schriftliche Buchung	997
2. Persönliche und telefonische Buchung	998
3. Hotelreservierungsvertrag	998
a) Geschäftsreise	998
b) Hotelreservierung durch Reiseunternehmen	999
c) Inhalt	999
4. Einbeziehung von AGB	1000
5. Sonderfragen	1000
a) Nichtverheiratete	1000
b) Minderjährige	1001
c) Schlüsselgewalt	1001
d) Einzelbelegung eines Mehrbett-Zimmers	1001
e) Meldepflicht für Beherbergungsstätten	1001
III. Nichtbenutzung der Unterkunft	1001
1. Vertragsaufhebung	1001
2. Persönliche Verhinderung des Gastes	1002
3. Objektive Umstände der Nichtbenutzung	1003
4. Nichtbereitstellen der Unterkunft	1004
a) Bereithaltung des Zimmers	1004
b) Anderweitige Vergabe	1004
5. Rücktritt vom Hotelreservierungsvertrag	1005
a) Vereinbartes Rücktrittsrecht	1005
b) Stillschweigend vereinbartes Rücktrittsrecht	1005
c) Handelsbrauch	1006

IV. Vertragliche Pflichten des Hoteliers und des Gastes	1007
1. Hotelier	1007
a) Vertragsgemäße Nutzbarkeit der Räume	1007
b) Nebenleistungen	1007
2. Gast	1007
a) Preis	1007
b) Obhutspflichten	1008
c) Aufenthaltsdauer	1008
d) Besuch	1009
e) Tiere	1009
V. Kündigung des Vertrags	1009
1. Kündigung durch Gast	1009
a) Ordentliche Kündigung	1009
b) Außerordentliche Kündigung	1009
2. Kündigung durch Hotelier	1010
a) Vertragswidriger Gebrauch	1010
b) Unzumutbares Verhalten	1010
VI. Mangelhafte Hotelleistungen	1011
1. Mangelbegriff	1011
a) Fehler	1011
b) Zugesicherte Eigenschaft	1011
2. Mängelbereiche	1011
a) Unterkunft	1011
b) Verpflegung	1012
c) Dienstleistungen	1012
d) Parkplätze	1012
3. Rechte des Gastes	1013
a) Anzeigepflicht	1013
b) Preisminderung	1014
c) Schadensersatz	1014
d) Verschulden bei Vertragsschluss	1014
e) Kündigung	1014
4. Darlegungs- und Beweislast	1015
VII. Deliktshaftung	1015
1. Anwendungsbereich	1015
2. Verletzung von Verkehrssicherungspflichten	1015
a) Bestehen einer Verkehrssicherungspflicht	1015
b) Umfang und Schaden	1015
c) Türen und Wege	1016
d) Treppen und Stufen	1016
e) Badezimmer	1016
f) Zugänge und Parkplätze	1016
g) Schneefanggitter	1017
h) Freizeitanlagen	1017
i) Brandschutz	1017
3. Verletzung eines Schutzgesetzes	1017
4. Haftung für Verrichtungsgehilfen	1017
5. Haftung bei Einsturz eines Gebäudes	1018
VIII. Besondere Beherbergungsverhältnisse	1018
1. Ferienwohnung und Ferienhaus vom Reiseveranstalter	1018
2. Vermietung durch Eigentümer	1018
a) Vertragsabschluss	1018
b) Allgemeine Mietbedingungen für private Ferienwohnungen und Zimmer	1018
c) Mangelhafte Leistungen	1019
3. Campingplatz	1020
a) Rechtsgrundlagen	1020
b) Haftung für Mängel	1020
IX. Verfahrensfragen	1020
1. Verjährung	1020

Inhaltsverzeichnis

2. Sachliche Zuständigkeit des Gerichts	1020
3. Gerichtsstand	1021
a) Einheitlicher Erfüllungsort	1021
b) Internationaler Gerichtsstand	1021
§ 42 Einbringung von Sachen bei Gastwirten	1022
I. Zweck der Regelung	1023
II. Haftungsvoraussetzungen	1023
1. Inhaber eines Beherbergungsbetriebes	1023
2. Gastaufnahme	1025
3. Eingebraachte Sachen	1026
a) Sacheinbringung	1026
b) Leute des Gastwirts	1026
c) Eigentumslage unerheblich	1026
d) Einbringungszeit	1026
e) Schaden	1027
4. Haftungsausschluss	1027
a) Alleinverursachung	1027
b) Sachbeschaffenheit	1027
c) Höhere Gewalt	1027
5. Nicht geschützte Objekte	1028
III. Summenmäßige Haftungsbeschränkung	1028
1. Allgemeines	1028
2. Geld, Wertpapiere, Kostbarkeiten	1029
a) Höchstgrenze	1029
b) Begriffe	1029
IV. Unbeschränkte Haftung	1030
1. Schuldhafte Verursachung	1030
2. Aufbewahrung	1031
3. Ablehnung der Aufbewahrung	1031
V. Erlass der Haftung	1031
1. Unabdingbarkeit der summenmäßigen Beschränkung	1031
2. Freizeichnungsmöglichkeit	1032
a) Zulässigkeit	1032
b) Form	1032
VI. Anzeigepflicht	1032
1. Unverzügliche Anzeige	1032
2. Ausnahmen	1033
VII. Pfandrecht der Gastwirts	1033
VIII. Prozessuale Fragen	1033
1. Darlegungs- und Beweislast	1033
2. Verjährung	1034
3. Gerichtszuständigkeit	1034
§ 43 Bewirtungsrecht	1035
I. Rechtsgrundlagen	1035
1. Werklieferungsvertrag	1035
2. Verkehrssicherungspflicht	1036
II. Vertragsschluss	1036
1. Einigung	1036
2. Tischreservierung	1036
3. Abschlussfreiheit und Hausrecht des Wirts	1036
4. Benachteiligungsverbot des AGG	1037
5. Bestellpflicht	1037
6. Gewerberechtliche Pflichten	1037
III. Pflichten der Parteien	1037
1. Gastwirt	1037
2. Gast	1038
a) Preis	1038

b) Zahlungsunfähigkeit	1038
c) Schutz- und Nebenpflichten	1038
d) Rauchen	1038
IV. Mangelhafte Beköstigung	1039
1. Sachmängel	1039
2. Rechte bei Sachmängeln	1040
3. Sonstige Pflichtverletzungen	1040
4. Deliktshaftung	1041
5. Produkthaftung	1041
V. Schutzpflichten des Wirts	1041
1. Garderobe	1041
a) Grundsätzlich keine Haftung	1041
b) Verwahrung	1041
2. Betrunkene Gäste	1042
3. Verkehrssicherungspflichten	1042
VI. Prozessuale Fragen	1042
1. Darlegungs- und Beweislast	1042
2. Verjährung	1043
3. Gerichtsstand	1043

Anhang

Anhang I. Musterformulare für das Reisevertragsrecht

Musterbrief 1: Änderung der Reisebestätigung	1047
Musterbrief 2: Ankündigung einer Leistungsänderung ohne Rücktritt	1048
Musterbrief 3: Ankündigung einer Leistungsänderung mit Rücktritt	1049
Musterbrief 4: Ankündigung eines erheblichen Reisemangels	1050
Musterbrief 5: Höhere Gewalt beeinträchtigt die Reise	1051
Musterbrief 6: Stornierung der Reise	1052
Musterbrief 7: Mängelanzeige und Abhilfaverlangen	1053
Musterbrief 8: Mängelniederschrift	1054
Musterbrief 9: Selbstabhilfe und Kostenersatz	1055
Musterbrief 10: Anspruchsanmeldung mit Preisminderung	1056
Musterbrief 11: Mängelprotokoll	1057
Musterbrief 12: Zurückweisung der Ansprüche	1058
Muster 13: Klageschrift	1059
Muster 14: Urteil erster Instanz	1061
Muster 15: Muster für den Sicherungsschein	1062

Anhang II. Gesetzliche Vorschriften und sonstige Bedingungen

1. Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), <i>Auszug</i> : Reisevertrag, Einbringung von Sachen bei Gastwirten	1063
2. Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB), <i>Auszug</i> ; Art. 238	1069
3. EG-Richtlinie (90/314/EWG) über Pauschalreisen	1070
4. Verordnung über die Informations- und Nachweispflichten nach bürgerlichem Recht (BGB-Informationspflichten-Verordnung – BGB-InfoV), <i>Auszug</i>	1077
5. Preisangabenverordnung (PAngV), <i>Auszug</i>	1081
6. Allgemeine Geschäftsbedingungen für Reiseverträge (ARB-DRV 2010)	1082
7. Allgemeiner Teil der Versicherungsbedingungen für die Reiseversicherung (AT-Reise 2008)	1090
8. Besondere Versicherungsbedingungen für die Reiserücktrittskostenversicherung (VB-Reiserücktritt 2008)	1094
9. Besondere Versicherungsbedingungen für die Reiseabbruchversicherung (VB-Reiseabbruch 2008)	1097
10. Besondere Versicherungsbedingungen für die Reisegepäckversicherung (VB-Reisegepäck 2008)	1099
11. Luftverkehrsgesetz (LuftVG), <i>Auszug</i>	1102

Inhaltsverzeichnis

12. Warschauer Abkommen (HP/ZAG), <i>Auszug</i>	1106
13. Zusatzabkommen von Guadalajara (ZAG)	1111
14. Mitgliedstaaten des Warschauer Abkommens	1114
15. Montrealer Übereinkommen	1118
16. Montrealer Übereinkommen – Durchführungsgesetz (MontÜG)	1136
17. Mitgliedstaaten des Montrealer Übereinkommens	1138
18. Verordnung (EG) Nr. 2027/97 über die Haftung von Luftfahrtunternehmen bei der Beförderung von Fluggästen und deren Gepäck im Luftverkehr	1141
19. Verordnung (EG) Nr. 261/2004 über eine gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste bei Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen	1146
20. Handelsgesetzbuch (HGB) § 664 und Anlage zu § 664	1156
21. Gewerbeordnung (GeWO), <i>Auszug</i>	1161

Anhang III. Entscheidungen mit amtlichen Leitsätzen zum Reiserecht

1. Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH)	1162
a) Pauschalreise	1162
b) Luftbeförderung	1166
2. Entscheidungen des Bundesgerichtshofs (BGH)	1169
a) Reisevertrag	1169
b) Luftbeförderung	1190

Anhang IV. Reisemängel-Tabellen

1. Kemptener Reisemängeltabelle	1197
2. Frankfurter Tabelle zur Reisepreisminderung	1244
Literaturverzeichnis	1251
Stichwortverzeichnis	1279